



Stellen sich rund 100 Einwendern (vorne): Vertreter der Bezirksregierung moderieren die Erörterung mit Vertretern der Behörden (l.) sowie des Antragstellers (r.) in der Stadthalle.

Nur Stolberg fehlt bei der Erörterung

Pro und Contra zum neuen Steinbruch Breinig. Sachlicher Austausch von unterschiedlichen Argumenten sowie Bedenken.

VON UNSEREM REDAKTEUR
JÜRGEN LANGE

STOLBERG. Voraussichtlich heute Abend kann die Erörterung zum neu geplanten Steinbruch zwischen Kornelimünster und Breinig zu Ende gehen. Für zunächst vier Tage hat die Antragsteller BSR GmbH die Stadthalle gemietet; 500 Sitzplätze stehen für die Öffentlichkeit bereit. 120 Einwender und interessierte Bürger besuchten den ersten Tag des Beteiligungsverfahrens durch die Bezirksregierung Köln.

Unterschiedliche Ansichten und Bewertungen werden deutlich, und Punkt für Punkt protokolliert. In einer sehr sachorientierten Atmosphäre, frei von extremen Emotionen, mit Raum für subjektive Empfindungen und objektive Gesetzeslagen sowie offen gegenüber den Anregungen und Beschwerden der Betroffenen moderierten Daniela Vinkeloe und Karl-Wilhelm Baulig vom Dezernat für Immissionsschutz der Bezirksregierung von 12 Uhr an die Erörterung – eine Atmosphäre, die von Sprechern der Bürgerinitiative „Rettet das Münsterländchen“ durchaus anerkannt wurde.

Hohn erntete dagegen die Stolberger Stadtverwaltung. Sie nahm mit keinem Vertreter an der Erörterung teil. Ganz im Gegenteil zu den übrigen beteiligten Behörden. Ein gutes Dutzend Vertreter der Fachdezernate des Staatlichen Umweltamtes sowie für Arbeitsschutz, des Landesumweltamtes, der Naturschutzverbände, des Kreises und der Stadt Aachen saß zur Rechten der RP-Vertreter. Zur Linken gruppierte sich ein Dutzend Vertreter, Gutachter und Anwälte des antragstellenden Unternehmens.

Zehn Tagesordnungspunkte werden im Rahmen des Verfahrens abgearbeitet. Innerhalb einer Stunde waren die Formalien geklärt bevor die Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt anhand von elf Teilaspekten, Wirtschaftlichkeit, Alternativen und Abbaumengen sowie der bestehende Steinbruch Blees abgearbeitet werden. Über 1300 Einwendungen waren gegen den Neuaufschluss des Breiniger Abbaubereichs

eingegangen. Sie waren von der Bezirksregierung thematisch gebündelt worden, um im Rahmen der Erörterung zu klaren Ergebnissen kommen zu können.

„Bei diesem großen Verfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz handelt es sich um eine gebundene Entscheidung“, klärte Vinkeloe auf über die Gesetzesla-

„Wenn wir nicht schon durch den bestehenden Steinbruch Blees vorgewarnt wären, würden wir unbelastet diesem Projekt gegenüberstehen. Aber wir wissen, wovon wir reden und was uns erwartet.“

FRANZ-THEO MUYRERS, VORSITZENDER BI „RETTET DAS MÜNSTERLÄNDCHEN“

ge. „Wenn die Voraussetzungen für das Abbaubereich bestehen, müssen wir es genehmigen.“ Deshalb komme der Erörterung eine große Bedeutung zu mit den Argumenten pro und contra Steinbruch. Sie werden Grundlage einer Genehmigung und damit verbundener Auflagen sein. Gegen sie können letztlich die Betroffenen die Rechtsmittel ausschöpfen.

Entgegen der ursprünglichen Vorstellungen sei das Vorhaben

nach dem Scopingtermin am 22. Februar 2002 bereits reduziert worden, betonte für den Antragsteller Dr. Andreas Brücksteeg. Die Betriebsfläche wurde von 75,6 auf 20,5 Hektar, die Produktionsmengen von 500 000 auf 200 000 Tonnen jährlich reduziert. Zudem sei nun bei schrittweisem Abbau eine sukzessive Renaturierung vorgesehen, die durch eine Sicherheitsleistung gewährleistet sei. In 40 Jahren sei der Abbau beendet, in 45 Jahren die Rekultivierung abgeschlossen. Darüber hinaus werde einem mechanischen Abbau mit Baggern der Vorrang gegeben vor Lockerungs- und diesen vor Gewinnungssprengungen; ganz verzichtet werde auf Knäppersprengungen.

Für das Grundwasser sei ein Monitoring vorgesehen. Und die von den einzelnen Gutachten prognostizierten Angaben würden bei Betriebsbeginn überprüft und gegebenenfalls modifiziert.

„Wenn wir nicht schon durch den bestehenden Steinbruch Blees vorgewarnt wären, würden wir unbelastet diesem Projekt gegenüberstehen“, machte Vorsitzender Franz-Theo Muyrers den Stand-

punkt der BI klar, als es knapp vier Stunden lang mit dem Thema Erschütterungen ans Eingemachte ging. „Aber wir wissen, wovon wir reden und was uns erwartet.“ Betroffene berichteten von Schäden an den Häusern, klapperndem Geschirr in den Schränken und weinenden Kindern, wenn im Steinbruch Blees gesprengt werde. Sze-

„Was Blees tut, hat mit diesem Verfahren nichts zu tun. BSR beantragt einen neuen Steinbruch und hält die Auflagen ein, so wie in Gressenich; von dort sind uns keine Beschwerden bekannt.“

DR. MICHAEL OERTLER, ANWALT DER ANTRAGSTELLERIN BSR GMBH

narien, die durch das neue Abbaufeld nicht entstehen sollen. „Was Blees tut, hat mit diesem Verfahren nichts zu tun“, erklärte Anwalt Dr. Michael Oertler. „BSR beantragt einen neuen Steinbruch und hält die erteilten Auflagen ein.“ Das beabsichtigte Abbaufeld werde bereits in Gressenich praktiziert, und „von dort sind uns keine Beschwerden bekannt“, so Dr. Brücksteeg. Laut Sprenggutachten, das mit doppeltem Sicher-

heitsfaktor berechnet sei, würden alle gesetzlichen Grenzwerte deutlich unterschritten. Es bestehe nicht einmal für denkmalgeschützte Gebäude in nächster Nähe noch für die historischen Ortskerne in Breinig und Kornelimünster eine Schadensgefahr.

Erfolge verbuchten die Einwänder gleich beim Erörterungstermin. Das Staatliche Umweltamt stimmte der Forderung nach mehreren kontinuierlichen Messstationen in Absprache mit Bürgerinitiativen und Behörden zu, wobei BSR-Sprecher betonten, eine Verantwortung von Blees-Aktivitäten nicht zu übernehmen. Geklärt werden soll im weiteren Verfahren auch die Frage, bei welcher Häufigkeit die maximal zwei Sprengungen pro Woche zu einem Schaden führen können. Ebenso wie bewertet werden muss, dass der Antrag formal gesehen zwar ein neues Projekt darstelle, aber aufgrund der ineinander greifenden Betriebsführung eine darstelle des Blees-Steinbruchs entstehe – ein Thema, das auf der heutigen Fortsetzung wieder eine Rolle spielen wird. Gestern wurde der erste Erörterungstag allerdings gegen 20.45 Uhr mitten im Thema Auswirkungen durch Luftschadstoffe erst einmal unterbrochen. Heute geht's damit ab 10 Uhr weiter.



BSR-Modell nach Rekultivierung: Von Breinig (vorne) aus gesehen ist der Bruch verfüllt, Steilhänge verbleiben auf Wunsch der Naturschützer.